A2 Kirche der Vielfalt statt christlicher Fundamentalismus

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

Antragstext

Demokratie als Grundhaltung

Als KjG stehen wir für eine demokratische, solidarische und vielfältige Gesellschaft und Kirche. Die Würde jedes Menschen, die Freiheit des Gewissens und die gleichberechtigte Teilhabe aller sind für uns Ausdruck unseres christlichen Menschenbildes.

Christlicher Glaube und demokratische Werte gehören zusammen.

Religiöse Praxis, die Menschen unter Druck setzt, ihre Freiheit einschränkt oder ihnen die eigenständige Gewissensentscheidung abspricht, widerspricht unserem Verständnis von christlicher Jugendarbeit[1].Gerade in jüngerer Zeit erhielten die Gefahren solcher Formen geistlichen Missbrauchs weitere Aufmerksamkeit. Dass die Risiken solcher missbräuchlicher Handlungen in fundamentalistischen Strukturen, Ideologien und Theologien besonders stark vertreten sind, gilt es grundsätzlich zu benennen.

Als KjG stellen wir uns deshalb klar gegen Demokratiefeindlichkeit, Autoritarismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit[1].

Fundamentalismus und seine Folgen

Religiöser Fundamentalismus zeigt sich unter anderem durch Absolutheitsansprüche, die Ablehnung von Pluralismus, starre religiöse Auslegungen und autoritäre Strukturen.

Besonders problematisch ist, wenn dadurch:

- Selbstbestimmung und freie Gewissensentscheidungen eingeschränkt werden,
- Geschlechterrollen und ein enges Familienbild vorgeschrieben werden,
- queere Menschen, Feminismus oder sexuelle Selbstbestimmung abgewertet

werden,

- gesellschaftliche Vielfalt als Bedrohung dargestellt wird,
- wissenschaftsfeindliche Weltanschauungen verbreitet werden oder
- Angst, Schuld und Abhängigkeiten entstehen.

Solche Inhalte verbreiten sich zunehmend auch über Social-Media. Dabei können religiöse, gesellschaftliche und politische Positionen miteinander verbunden werden. Teilweise bestehen Überschneidungen mit rechtspopulistischen und extremen Rechten Strukturen.

Wir sehen deshalb eine besondere Verantwortung darin, junge Menschen zu befähigen, solche Inhalte kritisch einzuordnen[1].

Kirche muss ein Ort ohne Angst sein

Kirche und insbesondere kirchliche Jugendarbeit müssen Räume sein, in denen junge Menschen sich sicher fühlen, Fragen stellen, zweifeln und ihren Glauben selbstbestimmt leben können.

Macht darf nicht dazu genutzt werden, Menschen einzuschüchtern oder abhängig zu machen. Insbesondere bei geistlicher Begleitung und seelsorglichen Angeboten braucht es klare Grenzen zwischen Seelsorge, geistlicher Begleitung und therapeutischer bzw. medizinischer Behandlung.

Praktiken, bei denen psychische Prozesse als rein geistliche Phänomene gedeutet werden oder Menschen durch religiöse Deutungen unter Druck geraten, lehnen wir ab[2].

Unsere Verantwortung als KjG

Als KjG wollen wir:

- fundamentalistischen und demokratiefeindlichen Tendenzen klar widersprechen,
- Bildungsangebote zu Demokratie, sowie gegen Fundamentalismus, Rechtsextremismus und geistlichen Missbrauch fördern,
- junge Menschen für problematische religiöse Inhalte in sozialen Medien sensibilisieren,
- Machtstrukturen und geistlichen Missbrauch kritisch thematisieren,

- Betroffene von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit unterstützen,
- unsere eigenen Strukturen regelmäßig auf Macht, Teilhabe und Abhängigkeiten überprüfen, sowie
- spirituelle Angebote schaffen, die einen selbstbestimmten Glauben fördern, aus dem heraus wertebasierte Gewissensentscheidungen getroffen werden können und der Vielfalt akzeptiert.

Unsere Forderungen an die DBK

Wir fordern die Bischöfe dazu auf:

1. bestehende Kooperationen mit Gruppen und Initiativen auf fundamentalistische, demokratiefeindliche oder menschenfeindliche Tendenzen zu überprüfen;
2. klare Kriterien für Kooperationen und Förderungen zu entwickeln, die Demokratie, Menschenwürde, Vielfalt und den Schutz vor geistlichem Missbrauch berücksichtigen;
3. Kooperationen zu beenden, wenn diese Kriterien nicht erfüllt werden;
4. Gruppen oder Organisationen, die katholische Vereine sind oder die Bezeichnung "katholisch" in ihrem Namen tragen und klar fundamentalistische, demokratiefeindliche oder menschenfeindliche Tendenzen aufweisen, aus der katholischen Kirche auszuschließen und ihnen die Anerkennung zum Führen der Bezeichnung "katholisch" zu entziehen;
5. konsequent weiterhin öffentlich Stellung zu beziehen, wenn christliche Inhalte für Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus oder Demokratiefeindlichkeit instrumentalisiert werden (Fußnote siehe u.a. Deutsche Bischofskonferenz, 2024, Erklärung zu völkischem Nationalismus https://www.dbk.de/themen/erklaerung-zum-voelkischen-nationalismus);
6. kirchliche Mitarbeitende und Ehrenamtliche zu Fundamentalismus, Rechtsextremismus und geistlichem Missbrauch fortzubilden; Es benötigt jetzt den Aufbau eigener Austiegsstrukturen, an die pastorales und religionspädagogisches Personal gefährdete Personen verweisen kann.
7. bei seelsorglichen und geistlichen Angeboten verbindliche fachliche Standards und Schutzkonzepte sicherzustellen;
8. spirituelle Angebote zu fördern und auszubauen, die einen selbstbestimmten, vernunftbegabten Glauben fördern;

9. junge Menschen stärker an kirchlichen Entscheidungen und der Gestaltung kirchlicher Angebote zu beteiligen[3].

Für uns als KjG gilt:

Christlicher Glaube darf niemals eine Begründung für Ausgrenzung sein.

Demokratie, Menschenwürde, Vielfalt und Selbstbestimmung gehören für uns zu einer christlichen Haltung.

Wir stehen für eine KjG und eine Kirche ohne Angst.

[1] KjG-Bundeskonferenz 2023, Beschluss „KjG gegen Faschismus – Aus christlicher Überzeugung für Demokratie“.

[2] KjG-Bundeskonferenz 2026, Beschluss „Kirche ohne Angst – Macht teilen, Vielfalt leben, Seelsorge stärken“.

[3] KjG-Bundesrat 2024, Beschluss „Bischöfe zeigt Haltung – kein Schulterschluss mit Rechtsradikalen“; KjG-Bundeskonferenz 2026, Beschluss „Kirche ohne Angst – Macht teilen, Vielfalt leben, Seelsorge stärken“.